

Hans-Jürgen Bieling (Bremen)

European Governance: Zum Verhältnis von demokratischer und nicht-demokratischer Deliberation im europäischen Mehrebenensystem

Nicht wenige sehen in der Europäischen Union mit ihren spezifischen Governance-Formen ein Experimentierfeld für die Entwicklung von demokratischen Strukturen und Prozessen jenseits des Nationalstaats. Die Diskussion wird in den letzten Jahren sehr stark von VertreterInnen einer deliberativen Demokratietheorie geprägt, die – zumeist im Anschluss an konzeptionelle Überlegungen von Jürgen Habermas – die kommunikativen Verständigungspotenziale europäischer Beratungs- und Entscheidungsnetzwerke hervorheben. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, ob bzw. inwiefern die deliberative Demokratietheorie den (nicht-) demokratischen Charakter der Formen des europäischen Netzwerkregierens zutreffend erfasst und interpretiert. Es wird argumentiert, dass dies nur bedingt der Fall ist: So ist die entfaltete Theorieperspektive einerseits durchaus aufschlussreich, um die Verfahren der politisch-institutionellen Einbindung der deliberativen Politikgestaltung in den Blick zu nehmen; andererseits präsentiert sich die deliberative Demokratietheorie zugleich aber als analytisch defizitär, wenn es darum geht, die politökonomischen und politisch-soziologischen Gründe für die undemokratische Qualität des europäischen Netzwerkregierens zu bestimmen.

Keywords: Europäisches Regieren, deliberative Demokratie, Postdemokratie, Neuer Konstitutionalismus, Machtnetzwerke, Zivilgesellschaft
European governance, deliberative democracy, post-democracy, new constitutionalism, power networks, civil society

1. Einleitung

Die demokratietheoretische Diskussion befasst sich in den letzten Jahren mit einer veränderten politischen Problemkonstellation. Deren zentrale Merkmale sind weithin bekannt. Auf der einen Seite sind die tradierten Mechanismen der nationalstaatlich organisierten Demokratie zwar noch formal intakt, laufen substanziell allerdings zunehmend leer (vgl. Crouch 2008); und auf der anderen Seite ist es schwer vorstellbar, dass sich im transnationalen Raum der nationalstaatlichen Demokratie vergleichbare Formen der demokratischen Repräsentation, Partizipation und Kontrolle herausbilden. Eigentlich läge es daher nahe, die Globalisierung und Herausbildung neuer Governance-Formen primär als Prozesse der Entdemokratisierung zu diskutieren. Doch augenscheinlich hat sich in der wissenschaftlichen Debatte eine andere Perspektive in den Vordergrund geschoben. So geht es vielen AutorInnen nicht so sehr darum, den tendenziell nicht-demokratischen Charakter transnationalen Regierens zu problematisieren. Sie suchen vielmehr Antworten auf die Frage, wie Prozesse der demokratischen Legitimation jenseits des Nationalstaats – möglicherweise auch ohne aktive Beteiligung der politisch mündigen BürgerInnen (vgl. Mair 2006, 29) – neu zu denken sind.

Genau diese Suchbewegung ist in der EU-Forschung besonders ausgeprägt. Nicht wenige sehen in der Europäischen Union mit ihren spezifischen Governance-Formen ein Experimentierfeld, auf dem sich ein Modell der supra- und transnationalen Demokratie zu entwickeln scheint. Nachdem die Diskussion über die entstehenden Formen des European Governance zunächst stark institutionalistisch und netzwerktheoretisch ausgerichtet war, hat sie seit einiger Zeit eine explizite normative Akzentuierung erfahren. Diese normative Akzentuierung ist nicht zuletzt mit der Rezeption der deliberativen Demokratietheorie in der EU-Forschung verbunden. Im Anschluss an die diskurstheoretischen Überlegungen von Jürgen Habermas (1992; 1996; 1998) werden seit einiger Zeit jedenfalls recht häufig – zum Teil konzeptionell, zum Teil aber auch empirisch – die kommunikativen Verständigungspotenziale europäischer Beratungs- und Entscheidungsnetzwerke hervorgehoben. Die VertreterInnen der deliberativen Demokratietheorie nehmen dabei für sich in Anspruch, ein konzeptionelles Sensorium bereitzustellen, mithilfe dessen die öffentliche Resonanz erzeugenden Beratungs- und Kommunikationsforen in kritisch-normativer Perspektive interpretiert und demokratiepolitisch weiterentwickelt werden können.

Die nachfolgenden Ausführungen setzen sich mit der Frage auseinander, ob bzw. inwiefern sich die Formen des europäischen Netzwerkregierens mithilfe der deliberativen Demokratietheorie zutreffend erfassen und interpretieren lassen. Es wird argumentiert, dass dies nur bedingt der Fall ist: So ist die entfaltete Theorieperspektive auf der einen Seite durchaus aufschlussreich, um die vielfältigen Formen der deliberativen Politikgestaltung in den Blick zu nehmen. Sie profiliert sich vor allem gegenüber dezisionistisch angelegten Politiktheorien, die das zivilgesellschaftliche Vorfeld der Politik ausblenden. Auf der anderen Seite präsentiert sich die deliberative Demokratie-Diskussion zugleich aber als analytisch defizitär, wenn es darum geht, die – unzureichende – demokratische Qualität des europäischen Netzwerkregierens genauer zu bestimmen. Dies zeigt sich unter anderem in der Neigung, viele Prozesse der politischen Deliberation und Reflexion sehr rasch mit dem Etikett „demokratisch“ zu versehen. Der zweite Aspekt weist zudem darauf hin, dass die deliberative Demokratietheorie durch einen „idealistisch-normativen“ Bias gekennzeichnet ist. Sie muss daher selbst kritisch hinterfragt und gesellschaftstheoretisch reformuliert werden. Ein solcher Reformulierungsversuch müsste – auch was die politökonomische Vergesellschaftung unter Einschluss macht- und herrschaftstheoretischer Aspekte betrifft – stärker in Erwägung ziehen, dass sich eine demokratisch verfasste europäische Politik nicht allein auf den Konsens kosmopolitisch orientierter Eliten stützen kann. Sie benötigt auch die Partizipation subalternen sozialer Klassen und Milieus, mithin Institutionen, Verfahren und kritische Öffentlichkeiten, innerhalb derer sich konfligierende, mitunter antagonistische gesellschaftliche Interessen hinreichend artikulieren können.

2. European Governance aus der Perspektive der deliberativen Demokratietheorie

In der wissenschaftlichen Diskussion wird nach wie vor heftig darüber gestritten, wie das EU-System in seiner Gesamtheit treffend zu charakterisieren sei. Wenn es um einzelne Merkmale und institutionelle Besonderheiten des European Governance geht, wächst jedoch die Übereinstimmung. Dies betrifft nicht zuletzt die nachfolgend aufgeführten Aspekte (vgl. Tömmel 2006, 195ff.): die Kooperation von zwei bzw. drei Machtzentralen, wobei die Europäische Kommission primär über Organisations- und Verfahrensmacht verfügt, indessen der Ministerrat und in

vielen Bereichen auch das Europäische Parlament vor allem Entscheidungsmacht ausüben; eine recht starke Rolle staatlicher Exekutivapparate – Kommission, Ministerrat, europäische Verwaltungsausschüsse etc. –, deren Operationsweise auf der supranationalen und auch nationalen Ebene vonseiten demokratischer Organe nur schwer kontrolliert werden kann; und eine vermehrte Einbeziehung von nicht-staatlichen AkteurInnen – RepräsentantInnen von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und NGOs, Thinktanks, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen etc. – in die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse.

Über die aufgeführten Aspekte hinaus können sich die meisten IntegrationsforscherInnen zudem darauf verständigen, dass die EU ein Mehrebenen-, ein Verflechtungs- und ein Verhandlungssystem darstellt. Der Mehrebenencharakter ergibt sich aus dem Zusammenspiel unterschiedlicher Handlungsebenen: lokal bzw. regional, national und supranational. In dem Maße, wie hierbei politikfeldspezifische Interaktionsmuster – und wechselseitige Abhängigkeiten – erkennbar sind, bildet die EU überdies ein Verflechtungssystem. In Abhängigkeit von den jeweiligen institutionellen Spielregeln können in der Verflechtungsstruktur konkurrierende Interessenlagen mitunter auch zu politischen Blockaden führen. Diese werden in Gesprächen und Verhandlungen jedoch fortlaufend bearbeitet, weshalb viele die EU auch als ein Verhandlungssystem bezeichnen. Gerade das letztgenannte Merkmal wird in der European-Governance-Diskussion mit Verweis auf die vielfältigen Netzwerke und die durchaus kooperative Rolle vieler nicht-staatlicher AkteurInnen spezifisch akzentuiert. So erscheint das europäische Netzwerk-Regieren als eine Form der Politik, über die die individuell-partikularen Interessen vieler NetzwerkakteurInnen in einem grundsätzlich pluralistischen Institutionensystem durch eine kooperative Logik der politischen Beratung und Entscheidungsfindung in allgemein anerkannte, konsensuale Ergebnisse überführt werden (vgl. Kohler-Koch 1999).

Um diese Transformation partikular-konkurrierender Interessen in weithin akzeptierte Lösungen sowie den Verlauf der kooperativen politischen Beratungen zu verstehen, wird vielfach auf die Theorie deliberativer Demokratie zurückgegriffen. Diese hat der jüngeren demokratietheoretischen Diskussion zweifelsohne ihren Stempel aufgedrückt (zum Überblick vgl. Lösch 2005). In der deutschsprachigen und europäischen Debatte kommt dabei den konzeptionellen Überlegungen von Jürgen Habermas eine große Bedeutung zu. Dieser hat die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass die demokratische Qualität politischer Gemeinwesen in besonderem Maße durch die Institutionalisierung anspruchsvoller, deliberativer Kommunikationsforen bestimmt ist (vgl. Habermas 1992, 359ff.). Sofern diese Foren gewissen Kriterien genügen – etwa dem Primat der argumentativen Kommunikation, der Inklusivität und Öffentlichkeit, der Abwesenheit von externen Zwängen und internen Repressionen –, tragen sie dazu bei, dass sich ein Kommunikationsnetz politischer Öffentlichkeiten herausbildet, das eine reflektierte intersubjektive Verständigung fördert. Habermas sieht in der Deliberation grundsätzlich ein Verfahren der gesellschaftlichen Selbstorganisation, vor allem aber ein prozeduralistisches Brückenglied, das zwischen den anderen beiden Qualitätsmerkmalen demokratisch verfasster Gemeinwesen – der aktiven Partizipation möglichst aller Bevölkerungsgruppen und vernünftigen, allseits akzeptierten Politikergebnissen – vermittelt. Die inzwischen geläufige Gegenüberstellung von „Input“- und „Output“-Legitimation (vgl. hierzu Scharpf 1999, 16ff.), die eine strikte Trennung zwischen der politischen Teilnahme und den politischen Resultaten nahelegt, wird durch die Fokussierung der besonderen – deliberativen – Qualität des politischen Prozesses, also der „Throughput“-Legitimation, überwunden und in einen erweiterten soziologisch-diskurstheoretischen Zusammenhang gebracht (vgl. Niesen 2008).

Dieser Zusammenhang zeichnet sich, insbesondere wenn es um die EU geht, freilich dadurch

aus, dass die Verknüpfung von deliberativem Verfahren (Throughput) und vernünftigen Politikergebnissen (Output) sehr eng, die von deliberativem Verfahren und politischer Partizipation (Input) hingegen nur noch sehr locker konzeptualisiert wird (zur allgemeinen Tendenz vgl. Buchstein/Jörke 2003). Habermas hat diese Verschiebung durch zwei Weichenstellungen selbst begünstigt: Zum einen skizziert er – auch in Abgrenzung zu früheren Schriften – das Konzept einer dezentrierten Gesellschaft, die durch funktionale Eigenlogiken gekennzeichnet ist und deren öffentliche Arenen sich in diesem Sinne auch jenseits der intentionalen Handlungen der sie konstituierenden AkteurInnen reproduzieren (vgl. Habermas 1992, 364ff.). Die hiermit verbundene Entsubjektivierung und Anonymisierung kommunikativer Prozesse birgt dabei die Gefahr, dass die sozioökonomischen und sozialstrukturellen Gesellschaftsdynamiken als diskurs- und politikprägende Faktoren nur noch diffus wahrgenommen werden und tendenziell aus dem Blick geraten. Zum anderen speist sich für Habermas (1998, 166) die legitimierende Kraft demokratischer Verfahren

nicht mehr nur, nicht einmal in erster Linie, aus Partizipation und Willensäußerung, sondern aus der allgemeinen Zugänglichkeit eines deliberativen Prozesses, dessen Beschaffenheit die Erwartung auf rational akzeptable Ergebnisse begründet.

Die in dieser Aussage aufscheinende Verlagerung der Gewichte von der tatsächlichen zur prinzipiell möglichen politischen Partizipation gesellschaftlicher AkteurInnen impliziert in gewisser Weise eine Absenkung demokratischer Standards. Zugleich macht sie es aber auch möglich, demokratische Legitimationsverfahren nicht mehr nur in Bezug auf die herkömmlichen nationalstaatlichen Institutionen zu diskutieren, sondern auch auf supranationale Organisationen zu übertragen.

Nicht ohne Grund haben daher vor allem WissenschaftlerInnen, die sich im Schnittfeld von Demokratietheorie und Europaforschung bewegen, die konzeptionellen Überlegungen der deliberativen Demokratietheorie aufgegriffen. In der Diskussion geht es einerseits um eine auf die EU bezogene Weiterentwicklung des analytischen wie normativ-konzeptionellen Theoriedesigns (vgl. u.a. Schmalz-Bruns 1999; Neyer 2003; Eriksen 2007). Andererseits sind aber auch eine Reihe von Arbeiten entstanden, die sich inspiriert durch die deliberative Demokratietheorie der Frage zuwenden, inwiefern sich in den europäischen Beratungen, Verhandlungen und Entscheidungen – etwa in der Komitologie, in Expertengremien oder Internetforen – spezifisch institutionalisierte Praktiken identifizieren lassen, die dem Ideal deliberativer Demokratie recht nahekommen und entsprechend zu stärken sind (vgl. Joerges/Neyer 1997; Frisch 2007). Ungeachtet aller Besonderheiten und Differenzen zeichnet sich die Diskussion durch einige übergreifende Merkmale aus:

- Erstens stimmen die VertreterInnen der deliberativen Demokratietheorie mehr oder minder darin überein, dass die EU ein äußerst geeignetes Beispiel, eine Art Experimentierfeld für die Herausbildung und Entfaltung deliberativ-demokratischer Verfahren darstellt. Ein zentraler Grund hierfür wird in den – weitgehend nicht-hierarchischen – Verhandlungs- und Kooperationsverfahren gesehen, die konsensuale Problemlösungen begünstigen, die ihrerseits auf begründeten, argumentativ generierten Einsichten beruhen.
- Zweitens werden diese begründeten, weithin geteilten Einsichten insbesondere in jenen Arenen gewonnen, die gleichsam im Vorfeld bzw. im Raum zwischen den eigentlichen Machtzentren – der Europäischen Kommission, dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament – angesiedelt sind. So richtet sich der Blick in erster Linie auf Deliberationsforen

wie Expertenausschüsse, Internetforen und andere informelle Kommunikations- und Beratungsgremien, die zumeist nur schwach institutionalisierte transnationale Öffentlichkeiten erzeugen.

- Drittens schließlich wird das Europäische Parlament, also ein Fokus einer machtnahen und potenziell stark institutionalisierten Öffentlichkeit, kaum berücksichtigt. Dies liegt vor allem daran, dass die Chancen einer weitergehenden Parlamentarisierung des EU-Systems als gering eingeschätzt werden. Darüber hinaus scheinen – obwohl schwach institutionalisiert – die spezifischen, durch ein hohes Informations- und Reflexionsniveau gekennzeichneten expertenbasierten Teilöffentlichkeiten dem Leitbild qualitativ hochwertiger Problemlösungen eher entsprechen zu können als die tradierten parlamentarischen Kommunikationsstrukturen.

Alle drei Merkmale unterstreichen nochmals, dass in der EU-Forschung die Überlegungen, die durch die deliberative Demokratietheorie inspiriert sind, eine post-parlamentarische Perspektive der Demokratie nahelegen. In der Theorie werden vor allem zwei Kriterien miteinander verknüpft, die für die politischen Verfahren im EU-System von zentraler Bedeutung sind: Zum einen sorgt die Deliberation dafür, dass – ganz im Sinne einer übergreifend zur Entfaltung kommenden Vernunft – qualitativ hochwertige Ergebnisse erzielt werden, die weithin Zustimmung finden; und zum anderen gelingt es durch die Partizipation von nicht-staatlichen AkteurInnen – zumindest schwache – europäische Öffentlichkeiten zu generieren, die die politischen EntscheidungsträgerInnen einem gewissen Rechtfertigungsdruck aussetzen und der Gefahr einer elitären Selbstprogrammierung vorbeugen.

3. Kritik der deliberativen Governance-Diskussion: Stärken und Defizite der deliberativen Demokratietheorie

Ob und inwiefern die hier skizzierte Analyseperspektive empirisch zutreffend und aufschlussreich ist und überdies normativ dazu beiträgt, die Demokratisierung der EU voranzubringen, ist in der wissenschaftlichen Diskussion freilich nicht unumstritten. Erst kürzlich hat Marcus Höreth (2009) im Stile einer kraftvollen Polemik argumentiert, dass die deliberative Demokratietheorie normativ „überangepasst“ und empirisch „realitätsentrückt“ sei. Die Überanpassung kommt im Verzicht auf eine Kritik der Verselbstständigung supranationaler Entscheidungen, also einer laufenden Entdemokratisierung des EU-Systems zum Ausdruck. Gleichsam spiegelbildlich hierzu stützt sich das Verdikt der Realitätsentrückung darauf, dass die deliberativen Interaktionsmuster in der EU vorschnell als demokratisch charakterisiert werden. Der vorgebrachte Einwand, dass die Vertreter einer deliberativen Demokratietheorie, insbesondere wenn sie sich der EU zuwenden, dazu neigen, nicht hinreichend trennscharf zwischen demokratischer und nicht-demokratischer Deliberation zu unterscheiden, wird hier im Kern geteilt. Zugleich sollte der Einwand aber nicht darüber hinweggehen, auch die Stärken und Potenziale der deliberativen Demokratietheorie zu würdigen. Schließlich sind es gerade diese Stärken, die den Versuch rechtfertigen, über den Umweg der Kritik die deliberative Demokratietheorie empirisch zu erden und mit Blick auf die identifizierten Defizite politisch-soziologisch und politökonomisch zu reformulieren.

3.1 *Deliberation, Demos und kritische Öffentlichkeit*

Zunächst besteht ein wesentlicher Vorteil der deliberativen Demokratietheorie darin, politische Prozesse nicht nur durch administrative Macht und staatlich-hierarchische Steuerung sowie durch Geld und ökonomische Marktdynamiken bestimmt zu sehen, sondern auch wesentlich durch die kognitiven und zugleich solidarischen Integrationspotenziale zivilgesellschaftlich-öffentlicher Kommunikationsformen. Letztere stehen gleichsam im Zentrum der Theoriearchitektur und werden als sehr offen und veränderbar gefasst. Sofern sich kollektive Identitäten herausbilden, werden diese demzufolge nicht substantialistisch interpretiert, sondern als kommunikativ konstruiert und damit gestaltbar betrachtet. Obwohl nicht sonderlich spektakulär, implizieren diese Annahmen einen – gegenüber den bislang dominanten Sichtweisen – veränderten Blick auf den Verlauf der europäischen Integration:

Zum einen wird die Vorstellung naturgegebener „nationaler Identitäten“ infrage gestellt und die perspektivische Herausbildung einer belastbaren, durch gemeinsame Praktiken und Erfahrungen getragenen „europäischen Identität“, d.h. die Entstehung eines europäischen Demos, keineswegs ausgeschlossen. Nach Habermas (1998, 154f.) sind hierfür „überlappende Projekte für eine gemeinsame politische Kultur“ erforderlich, die aus den „zerstreuten nationalen Zentren“ ausgehen und „ein wechselseitiges transnationales Vertrauen“ erzeugen. Die Kraft und Dynamik der sich überlappenden Projekte bleibt allerdings davon abhängig, dass sich in der EU ein demokratischer Prozess herausbildet, der „von einem europäischen Parteiensystem getragen“ wird,

das sich erst in dem Maße formieren kann, wie die bestehenden politischen Parteien zunächst in ihren nationalen Arenen über die Zukunft Europas streiten und dabei grenzüberschreitende Interessen artikulieren. Diese Diskussion muss wiederum in einer europaweiten politischen Öffentlichkeit Resonanz finden, die ihrerseits eine europäische Bürgergesellschaft mit Interessenverbänden, nicht-staatlichen Organisationen, Bürgerbewegungen usw. voraussetzt. (ebd.)

Zum anderen hat die Genese einer „europäisch erweiterten Solidarität von Staatsbürgern“ – so sie denn zur Entfaltung kommt – weitreichende Konsequenzen für die Legitimationsprinzipien europäischer Politik. Sicherlich ist es überzogen, wenn Fritz W. Scharpf (2009, 301) in der Europäischen Union den „Extremfall eines den liberalen Prinzipien verpflichteten Gemeinwesens“ sieht, „das zugleich aller republikanischen Legitimationsmerkmale entbehrt“. Zumindest ist die von ihm vorgenommene Zuordnung von konsensualen Entscheidungen zum Liberalismus und von Mehrheitsentscheidungen zum Republikanismus problematisch. Ansonsten ist ihm jedoch beizupflichten, dass die europäischen Verfahrens- und Legitimationsregeln in besonderem Maße der liberalen Tradition entspringen, also durch die Verankerung rechtsstaatlicher Prinzipien und den Vorrang des Individuums vor dem Gemeinwesen gekennzeichnet sind. Innerhalb der europäischen Rechtsordnung kommt dem Schutz individueller Interessen, individuellen Selbstbestimmungsrechten, der Rechtsgleichheit und -sicherheit oder auch der Garantie von Vertragsfreiheit und Privateigentum offenbar eine zentrale Bedeutung zu. Mit der Konzeption einer deliberativ hergestellten europäischen Solidarität wird in das ansonsten liberal organisierte EU-System nun eine – freilich diskurstheoretisch reformulierte – „republikanische“ Gemeinwohl-Komponente eingeführt (vgl. Habermas 2008, 142f.). Deren subversives Potenzial ist nicht ganz leicht zu bewerten. Dies liegt daran, dass sich die deliberativen Verfahren nur allgemein an Kriterien

einer moralisch begründeten Fairness bemessen lassen müssen, ansonsten aber durch politisch-ethische Diskussionen geprägt sind, deren Inhalte nicht vorgegeben und nur schwer zu antizipieren sind.

Die Annahme einer prinzipiellen, deliberativ-prozeduralistisch gewährten Offenheit der EU-Politik ist nun freilich nicht so zu verstehen, dass die deliberative Demokratietheorie keinerlei inhaltlich definierte normative Erwartungen hegt. Im Kern begrüßt sie alle Entwicklungen, die die Ausbreitung deliberativer Verfahren und die Genese einer kritischen transnationalen Öffentlichkeit begünstigen, mithin Lernprozesse ermöglichen, infolge derer sich Formen einer gemeinsamen europäischen Solidarität ausbilden können. Wie und wodurch solche Lernprozesse angestoßen werden, ist jedoch wenig präzise bestimmt. In der deliberativen Demokratie-Debatte scheint es zumindest ein gewisses Schisma zu geben (vgl. Freise 2008): Auf der einen Seite neigt die Governance-Forschung dazu, im spezifischen Wissen von Fachleuten, ExpertInnen sowie Verbänden und NGOs die Grundlage qualitativ hochwertiger – in Ausschüssen, Foren und Konventen institutionalisierten – Beratungen mit einer transnationalen öffentlichen Ausstrahlung zu erblicken. Auf der anderen Seite gibt es aber auch ebenso WissenschaftlerInnen, die den Blick stärker auf die skandalisierenden Protestaktivitäten von sozialen Bewegungen richten, also die Quelle der angesprochenen Lernprozesse bei jenen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen sehen, die politisch aufrütteln und die öffentliche Debatte durch ihre Kritik beleben wollen.

3.2 Deliberation und Demokratie: Kriterien und Verfahren

Die angesprochenen Praktiken der supra- und transnationalen Deliberation spielen im EU-System zweifelsohne eine gewisse Rolle. Möglicherweise handelt es sich bei ihnen sogar um Keimformen einer deliberativen Demokratie, die weiter ausgebaut werden können. Doch selbst wenn dies geschehen sollte, stellt sich die Frage, ob die skizzierten Mechanismen ausreichen, die EU insgesamt als ein System der deliberativen Demokratie zu bezeichnen. Schließlich wird von den VertreterInnen dieser Theorieperspektive der Anspruch erhoben, dass deliberative Politik nur dann als demokratisch gefasst werden kann, wenn sie als Ausdruck einer „Prozeduralisierung der Volkssouveränität“ zu begreifen ist (vgl. Habermas 1992, 362).

Wann dies genau der Fall ist, wird allerdings weder in der Deliberationstheorie noch im Kontext der European-Governance-Diskussion eingehender spezifiziert. So bezieht sich Habermas (1998, 166), wenn er von einer „allgemeinen Zugänglichkeit eines deliberativen Prozesses“ spricht, weniger auf die Zugänglichkeit von Personen(gruppen) als vielmehr auf die von Argumenten. Damit wird es zugleich schwer zu identifizieren, ob und warum ein relevantes Argument berücksichtigt wurde oder aber auch nicht. Gleiches gilt für das Kriterium der deliberativen Erarbeitung einer rationalen und konsensfähigen Entscheidung. Auch diese qualitative Bewertung ist nur ganz schwer zu treffen, wenn die Bevölkerung überhaupt nicht oder nur sehr indirekt – etwa in Form von Meinungsumfragen – „konsultiert“ wird. Etwas präziser ist hingegen die Global- und European-Governance-Diskussion. In ihr werden einige Kriterien einer demokratischen An- oder Rückbindung von Deliberationsverfahren durchaus benannt (vgl. Nanz/Steffek 2005, 91 ff.): so etwa rechtlich institutionalisierte Zugangsbedingungen für zivilgesellschaftliche AkteurInnen, die Transparenz und Verfügbarkeit von Informationen, eine gewisse Responsivität des Beratungsprozesses sowie die tatsächliche Inklusion der potenziell betroffenen Stakeholder.

Nimmt man diese – noch immer recht weichen – Kriterien ernst, so spricht zunächst wenig für die Annahme, dass in der europäischen Governance-Praxis deliberative politische Prozesse

demokratisch hinreichend organisiert und eingebettet sind und auch den demokratischen Gesamtprozess in der einen oder anderen Weise stärken. Eigentlich läge es daher nahe, Deliberation zunächst prinzipiell als ein nicht- oder a-demokratisches Verfahren zu fassen. Zugleich würde sich dann aber die Beweislast umkehren. Es müsste mit Blick auf deliberative politische Prozesse jeweils genau – und möglichst auch empirisch – dargelegt werden, dass diese wirklich demokratisch, d.h. als Element einer prozeduralisierten Volkssouveränität zu begreifen sind.

Diese Akzentverschiebung mag vielleicht etwas haarspalterisch erscheinen. Letztlich lenkt sie jedoch die Aufmerksamkeit darauf, dass deliberative Verfahren in der Politik, insbesondere in der europäischen Politik, weitverbreitet sind, oft aber keineswegs demokratischen Standards genügen. Dies gilt nicht zuletzt für die Europäische Union. Ungeachtet der positiven Erwartungen der meisten VertreterInnen eines deliberativen Demokratieverständnisses, gelangen diese, was den Zustand der Europäischen Union betrifft, häufig zu einer skeptischen Einschätzung, so zuletzt selbst auch Jürgen Habermas (2008, 190):

Das demokratische Defizit macht sich besonders drastisch in der Europäischen Union bemerkbar. Mangels einer europäischen Öffentlichkeit könnten die Bürger nicht einmal dann die immer dichteren und immer tiefgreifenderen politischen Entscheidungen der Kommission und des Rates kontrollieren, wenn die Befugnisse des Europäischen Parlaments hinreichend erweitert würden.

Doch leider bleibt es für gewöhnlich bei dieser Beobachtung. Warum sich keine europäische Öffentlichkeit herausbildet, warum sich auch die nationalen Öffentlichkeiten nur sporadisch europäisieren, d.h. füreinander öffnen, oder inwiefern selbst im Falle der Öffnung die demokratische Qualität der politischen Deliberation zweifelhaft bleibt, wird von den VertreterInnen der deliberativen Demokratietheorie analytisch nicht genauer herausgearbeitet.

3.3 *Deliberation ohne Demokratie? Institutionelle, politökonomische und machtsociologische Kontexte*

Die Ursachen für diesen analytischen Verzicht sind, wie bereits angedeutet, zum Teil sicherlich im Erkenntnisinteresse und konzeptionellen Design der Theorie selbst angelegt. Neben der starken Fokussierung auf lebensweltlich-zivilgesellschaftliche Kommunikationsformen sowie deliberativ generierte politische Konsense und Problemlösungen besteht auch eine Neigung zur systemisch-prozeduralen Verflüchtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Diese Neigung hat vermutlich mit dazu beigetragen, dass die durchaus existierende – theoretisch-konzeptionelle wie auch empirisch informierte – Kritik an der EU als einem deliberativ weitverzweigten, zumeist aber nicht oder nur rudimentär demokratischen System (vgl. Bieling 2008) kaum aufgenommen wird. Welche analytischen Aspekte dabei zu berücksichtigen sind, kann hier nur knapp illustriert werden.

Zunächst ist die Konzeption des „neuen Konstitutionalismus“ zu nennen, die vor allem Stephen Gill (1998; 2003) in die Diskussion eingebracht hat. Diese Konzeption unterscheidet sich insofern vom rechtswissenschaftlichen und deliberativ-demokratischen Konstitutionalismus-Begriff, als das entstehende inter- und transnationale Vertragsrecht nicht auf seine normativen Geltungsansprüche und nationalen Verfassungsgrundlagen hin betrachtet wird. Im Sinne einer politökonomischen Analyseperspektive geht es vielmehr darum, die tragenden Machtverhältnis-

se und den sozialen Charakter der neuartigen Institutionalisierungs- und Verrechtlichungsprozesse zu erfassen. Im Kern markiert die Konzeption des „neuen Konstitutionalismus“ dabei die Entfaltung einer unvollständigen, markt- und wettbewerbszentrierten Form inter- bzw. transnationaler Rechtsstaatlichkeit. Diese zielt in erster Linie darauf, im europäischen Mehrebenensystem neue politisch-institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen zu definieren, um grenzüberschreitende Investitionen, Handelsbeziehungen und Wettbewerbsdynamiken zu erleichtern. Nach Gill (1998, 5) besteht die zentrale Funktion des „neuen Konstitutionalismus“ darin

to separate economic policies from broad political accountability in order to make governments more responsive to the discipline of market forces and correspondingly less responsive to popular-democratic forces and processes.

Im Bereich der Geld-, Finanz- und Wettbewerbspolitik ist die politische Deliberation sehr stark durch die vertragsrechtlichen Grundlagen bestimmt, umschließt demzufolge also kaum demokratische Partizipations- und Kontrollmechanismen. Dieser Eindruck verstärkt sich noch, wenn sich der Blick über das Vertragsrecht hinaus auf die spezifischen politisch-institutionellen Kommunikations- und Entscheidungspraktiken und die privilegierte Rolle der Finanzminister, der Europäischen Kommission oder der Europäischen Zentralbank (EZB) richtet. Nach Thomas Hueglin (1997, 95) repräsentiert die EU jedenfalls ein „komplex institutionalisierte[s] Gefüge autonomisierter Regierungstätigkeit“, dessen Regulierungsbefugnisse vornehmlich von transnationalen wirtschaftlichen und politischen Eliten ausgefüllt werden (vgl. Haller 2009). Diese Elitenzirkel sind augenscheinlich in der Lage, die europäische politische Agenda zu definieren und müssen sich mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften, die alternative wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Vorstellungen in die Diskussion einzubringen versuchen, oft noch nicht einmal argumentativ auseinandersetzen. Letzteres macht zugleich darauf aufmerksam, dass das EU-System – noch stärker als das System der nationalen Staatsapparate – durch eine spezifische Selektivität gekennzeichnet ist, d.h. für die politischen Positionen und Argumente konkurrierender sozialer Kräfte keineswegs gleichermaßen zugänglich ist.

Doch nicht nur der neue Konstitutionalismus und die strukturelle bzw. strategische Selektivität, auch sehr starke Konsens- und Kompromisszwänge prägen das EU-System (vgl. Mair 2007). Diese Zwänge speisen sich nicht zuletzt daraus, dass die am politischen Deliberations- und Entscheidungsprozess beteiligten Akteure, wollen sie gehört, wahrgenommen und berücksichtigt werden, in ihrer Argumentation stets den potenziellen Konsens oder zumindest Kompromiss antizipieren müssen. So denken etwa die im Europäischen Parlament vertretenen Abgeordneten, wenn sie z.B. zu den Kommissionsvorschlägen – Verordnungen oder Richtlinien – Stellung beziehen, bereits an den mutmaßlichen Konsens mit dem Ministerrat. Kontroverse Positionen und Argumente, die der Logik einer Links-Rechts-Polarisierung oder der von Regierung und Opposition folgen, können so kaum artikuliert werden. Entsprechend ist auch die öffentliche Sichtbarkeit politischer Entscheidungsprozesse gering oder gar nicht gegeben. Anstatt gesellschaftliche Konflikte politisch prozessierbar zu machen, erscheint das Europäische Parlament oft nur als „Anhängsel“ des verselbstständigten EU-Systems und wird von der Bevölkerung kaum wahrgenommen (vgl. Brunkhorst 2007, 25). Mit anderen Worten, die Genese einer kritischen europäischen Öffentlichkeit wird durch nicht ausgetragene politische Konflikte und einen erzwungenen deliberativen Konsens tendenziell blockiert.

Neben den vertraglich institutionalisierten Zwangselementen sorgen ebenso die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, d.h. politökonomische Dynamiken und machtpolitische Prozesse,

dafür, dass sich der öffentliche Disput nicht entfalten kann und die demokratische Qualität der politischen Deliberation fragwürdig bleibt. Was die politökonomische Entwicklung betrifft, so sind durch die europäische Integration – durch den EG-Binnenmarkt, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Finanzmarktintegration und die Lissabon-Strategie – wie auch durch die Globalisierung insgesamt die Markt- und Konkurrenzbeziehungen ausgeweitet und intensiviert worden. Gleichzeitig erodierte die tradierten Formen der arbeits- und sozialpolitischen Einhegung, indessen die sozialen Ungleichheiten und Unsicherheiten zunahm. Für den Modus der politischen Kommunikation und Entscheidungsfindung sind die sozialen Polarisierungs- und Prekarisierungsprozesse nicht ohne Folgen geblieben. Von einzelnen Protesten sozialer Bewegungen und Gewerkschaften einmal abgesehen, begünstigen sie tendenziell die politische Apathie und die (Selbst-)Entmündigung wachsender Bevölkerungsgruppen. Im Vergleich zu den 1970er- und frühen 1980er-Jahren sind politische Massenorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften zunehmend weniger in der Lage, die bildungsfernen Schichten und das sog. Prekariat und andere soziale Gruppen politisch zu binden und zu mobilisieren. Hiervon zeugen nicht zuletzt die schwindenden Mitgliederzahlen. Außerdem sind in allen westeuropäischen Gesellschaften die Streikaktivitäten und die Wahlbeteiligung deutlich zurückgegangen, indessen der Anteil der Wechselwähler anstieg (vgl. Mair 2006, 32ff.).

Die Kehrseite von zunehmender politischer Passivität, Politikverdrossenheit und Resignation, also des tendenziellen (Selbst-)Ausschluss der „Massen“ aus der Politik besteht in einer Verselbstständigung kommerzialisiert-technokratischer Machtnetzwerke, in denen unterschiedliche – wirtschaftliche, wissenschaftliche, mediale und politisch-administrative – Elitenzirkel kooperieren. Für den britischen Soziologen Colin Crouch (2008) ist die enge Interaktion und gleichzeitige Verselbstständigung der elitären Netzwerke Ausdruck eines Übergangs zur „Postdemokratie“, in der die fortbestehenden formal-demokratischen Verfahren partizipativ kaum mehr genutzt, also nur noch selten wirklich mit Leben gefüllt werden. Mit Blick auf die nationalen Entwicklungen macht Crouch hierfür vor allem folgende Faktoren verantwortlich: die immense ökonomische – und auch politische – Macht der globalisierten Unternehmen; den vielfältigen, tendenziell die Entsolidarisierung fördernden Wandel der Sozialstruktur; die ideologisch, d.h. durch Experten, Beratungsunternehmen, Thinktanks, Stiftungen und Medien unterstützte Kommerzialisierung der öffentlichen Infrastruktur; sowie die enge Interaktion all dieser Akteure mit den politischen Entscheidungsträgern in der Regierung, den Parteien, Verbänden und NGOs.

Die von Crouch (2008, 93ff.) in diesem Sinne identifizierte Ellipse der politischen Macht ist im europäisch-supranationalen Kontext besonders ausgeprägt. Der neue Konstitutionalismus und die Exekutivlastigkeit der europäischen Politik – also die Dominanz von nationalen Regierungen und supranationalen Staatsapparaten wie der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und der diversen Regulierungsausschüsse – werden durch vielfältige Formen der Deliberation und des Netzwerk-Regierens flankiert, die sich vornehmlich an den Interessen transnationaler Unternehmen orientieren (vgl. Balanyá et al. 2000; Alter-EU 2010). So ermöglichen die Netzwerke und deliberalen Praktiken der EU bislang nur selten eine Ausweitung der demokratischen Partizipation und öffentlichen Kontrolle. Sie stehen vielmehr für eine „Kumulation informeller Herrschaft“ (Brunkhorst 2007, 21), d.h. die Etablierung von demokratisch nicht oder zumindest nur unzureichend kontrollierten Nebenregierungen. Noch schärfer stellt sich die Problematik im Anschluss an die Überlegungen des griechisch-französischen Staatstheoretikers Nicos Poulantzas (2002, 246ff.) dar, für den informelle Zirkel und parallele Machtnetzwerke einen wichtigen Indikator für die Herausbildung einer elitär-autoritären Regulierungsform bilden.

4. Schlussfolgerungen: Anforderungen an eine kritische politische Soziologie der europäischen Deliberation und Demokratisierung

Die bisherigen Ausführungen lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass die deliberative Demokratieforschung ihr normativ-kritisches Potenzial nicht wirklich ausschöpfen kann. Im Gegenteil, sie läuft sogar Gefahr, affirmativ vereinnahmt zu werden, sofern sie sich einseitig positiv auf die Herausbildung europäischer Netzwerke und Foren der Deliberation bezieht. Der Vorwurf, die Verselbstständigung und Selbstprogrammierung politischer Machtzentren prozeduralistisch zu rechtfertigen, d.h. die Entdemokratisierung zu bemänteln (vgl. Höreth 2009, 315ff.), mag zwar überzogen sein, ist aber keineswegs vollkommen aus der Luft gegriffen. Überzogen ist er sicherlich insofern, als dem Forschungsdesign der deliberativen Demokratie-Diskussion ein gänzlich anderes Erkenntnisinteresse zugrunde liegt. Danach geht es vornehmlich darum, in normativer Absicht demokratisch-emanzipative Potenziale, insbesondere Ansatzpunkte für eine Demokratisierung der EU zu identifizieren. Gleichzeitig ist der Vorwurf aber auch nicht aus der Luft gegriffen, weil dieses Vorhaben der deliberativen Demokratietheorie kaum gelingt. Dies liegt zum Teil daran – und dies ist sicherlich kein theoretisches Defizit –, dass die gesellschaftliche und europäische Entwicklung die gesuchten demokratisch-emanzipatorischen Potenziale derzeit allenfalls sporadisch hervorbringt. Zum Teil ist die theoretische Diskussion aber insofern problematisch, als sie dazu tendiert, die gesellschaftlichen Gegebenheiten der normativen Perspektive zu subsumieren und die politökonomischen und politisch-soziologischen Ursachen der bestehenden Demokratisierungsblockaden analytisch auszublenden.

Die der deliberativen Demokratietheorie nahe gelegte Empfehlung, sich nicht allein normativ zu profilieren, sondern auch ihr fehlendes Anderes, d.h. eine kritische politökonomische und politisch-soziologische Analyseperspektive, zur Kenntnis zu nehmen und zu verarbeiten (zu einem solchen Versuch vgl. Eberl/Rödl 2010), hat nun freilich Implikationen für das gesamte Theoriendesign. Dieses müsste in mehrfacher Hinsicht erweitert und reformuliert werden. Welche Aspekte dabei eine Rolle spielen, ist zuvor bereits angesprochen worden. Abschließend werden daher nur noch einmal einige zentrale Schritte einer kritischen Reformulierungsstrategie benannt:

Ein erster Schritt besteht darin, die normativen Anforderungen an ein demokratisches Deliberationsverfahren klarer zu definieren. Grundsätzlich sollten die Vorteile einer stark institutionalisierten parlamentarischen Deliberation und Öffentlichkeit nicht vorschnell ad acta gelegt werden. Allerdings ist nach Wegen zu suchen, den Parlamentarismus durch alternative Partizipationsverfahren – etwa Volksabstimmungen oder wirtschaftsdemokratische Elemente – zu demokratisieren. Der demokratietheoretisch besonders relevante und kritische Maßstab einer – gleichen und allgemeinen – Partizipation gesellschaftlicher Akteure oder Akteursgruppen bleibt dabei zentral. Im Umkehrschluss ist die weitverbreitete Annahme einer überlegenen Effizienz von Elitennetzwerken zu hinterfragen: etwa indem – z.B. anhand der Lissabon-Strategie, oder der Finanzmarktintegration – die dysfunktionalen Effekte abgeschotteter Deliberationsprozesse herausgearbeitet oder aber ansonsten qualitativ höherwertige Resultate einer umfassend angelegten Partizipation nachgewiesen werden.

Über die Akzentuierung der Partizipation im Deliberationsverfahren hinaus geht es zweitens darum, dessen Operationsweise explizit mit der Analyse gesellschaftlicher Emanzipationspotenziale zu verknüpfen. Hierdurch verlagert sich zugleich die Perspektive. Die prozedurale Beschaffenheit europäischer Beratungs- und Entscheidungsabläufe erscheint nun vor allem insofern relevant, als sie darüber Aufschluss gibt, in welchem Maße sich in ihr – potenzielle – Politisie-

rungsprozesse und soziale Bewegungsdynamiken, die im Reproduktionsmodus der europäischen Gesellschaften angelegt sind, hinreichend artikulieren können. Die gesellschaftlichen Kämpfe sind dabei selbst – freilich auch empirisch – genauer zu untersuchen.

Drittens ist schließlich auch die Frage zu beantworten, warum selbst im Falle einer freien Zugänglichkeit zu deliberativen Verfahren diese nur höchst ungleich genutzt werden. Diese Frage verweist auf die Notwendigkeit, die Spannungen und Widersprüche zwischen den – normativ begründeten – formalen Bedingungen und der materiellen Wirklichkeit der Deliberation zu thematisieren. Die Untersuchung Letzterer verlangt – wie oben bereits angedeutet – die Entwicklung einer kritischen politischen Soziologie der europäischen Machtbeziehungen, die die Praxis der europäischen Deliberation im Kontext politökonomischer sowie staatlich-zivilgesellschaftlicher Reorganisationsprozesse analysiert. Eine reformulierte deliberative Demokratietheorie sollte sich in diesem Sinne immer auch als Gesellschaftskritik und EU-Kritik begreifen. Nicht zuletzt sollte sie in der Lage sein, die informellen Machtnetzwerke zu identifizieren, die als private Nebenregierungen fungieren und zur Wahrung eigener Interessen einer Demokratisierung des EU-Systems entgegenreten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alter-EU* (2010). *Bursting the Brussels Bubble. The Battle to Expose Corporate Lobbying at the Heart of the EU*, Brüssel.
- Balanyá*, Belen et al. (2000). *Europe Inc. Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power*, London.
- Bieling*, Hans-Jürgen (2008). (Ent-)Demokratisierungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem, in: André *Brodocz*/Marcus *Llanque*/Gary *Schaal* (Hg.): *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden, 119–135.
- Brunkhorst*, Hauke (2007). Unbezähmbare Öffentlichkeit – Europa zwischen transnationaler Klassenherrschaft und egalitärer Konstitutionalisierung, in: *Leviathan* Vol. 35(1), 12–29.
- Buchstein*, Hubertus/Dirk *Jörke* (2003). Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan*, Vol. 31(4), 470–495.
- Crouch*, Colin (2008). *Postdemokratie*, Frankfurt am Main.
- Eberl*, Oliver/Rödl, Florian (2010). Kritische Politische Ökonomie und radikale Demokratietheorie. Eine Begegnung auf der Suche nach der postneoliberalen Weltrechtsordnung, in: *Kritische Justiz*, Vol. 43(4), 419–433.
- Eriksen*, Erik Oddvar (2007). Deliberation und demokratische Legitimität in der EU, in: Peter *Niesen*/Benjamin *Herborth* (Hg.): *Anarchie der kommunikativen Freiheit*. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik, Frankfurt am Main, 294–320.
- Freise*, Matthias (2008). Was meint Brüssel eigentlich, wenn von Zivilgesellschaft die Rede ist?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Vol. 21(2), 16–28.
- Frisch*, Annika (2007). Das Potenzial deliberativer Demokratietheorie für die Konzeptionalisierung von Demokratie in der Europäischen Union, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 17(3), 711–733.
- Gill*, Stephen (1998). European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: *New Political Economy*, Vol. 3(1), 5–26.
- Gill*, Stephen (2003). *Power and Resistance in the New World Order*, Houndmills.
- Habermas*, Jürgen (1992). Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt am Main.
- Habermas*, Jürgen (1996). Drei normative Modelle der Demokratie, in: Jürgen *Habermas*: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur Politischen Theorie*, Frankfurt am Main, 277–305.
- Habermas*, Jürgen (1998). Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Jürgen *Habermas*: *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt am Main, 91–169.
- Habermas*, Jürgen (2008). Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie, in: Jürgen *Habermas*: *Ach, Europa*, Frankfurt am Main, 138–191.
- Haller*, Max (2009). *Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?*, Wiesbaden.
- Höreth*, Marcus (2009). Überangepasst und realitätsentrückt. Zur Paradoxie der Theorie der deliberativen Demokratie in der EU, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 19(3), 307–330.
- Hueglin*, Thomas O. (1997). Regieren in Europa als universalistisches Projekt, in: Klaus Dieter *Wolf* (Hg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*, Baden-Baden, 91–107.

- Joerges, Christian/Jürgen Neyer* (1997). Transforming Strategic Interaction into Deliberative Problem-Solving. European Comitology in the Foodstuffs Sector, in: *Journal of European Public Policy*, Vol. 4(4), 609–625.
- Kohler-Koch, Beate* (1999). The Evolution and Transformation of European Governance, in: Beate *Kohler-Koch/Rainer Eising* (Hg.): *The Transformation of Governance in the European Union*, London/New York, 14–35.
- Lösch, Bettina* (2005). *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*, Münster.
- Mair, Peter* (2006). Ruling the void? The Hollowing of Western Democracy, in: *New Left Review. Second Series*, No. 42, 25–51.
- Mair, Peter* (2007). Political Opposition and the European Union, in: *Government and Opposition*, Vol. 42(1), 1–17.
- Nanz, Patrizia/Steffek, Jens* (2005). Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik, in: *Michèle Knodt/Barbara Finke* (Hg.): *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*, Wiesbaden, 79–102.
- Neyer, Jürgen* (2003). Discourse and Order in the EU, in: *Journal of Common Market Studies*, Vol. 41(4), 687–706.
- Niesen, Peter* (2008). Deliberation ohne Demokratie? Zur Konstruktion von Legitimität jenseits des Nationalstaats, in: *Regina Kreidel/Andreas Niederberger* (Hg.): *Transnationale Verrechtlichung. Nationale Demokratie im Kontext globaler Politik*, Frankfurt am Main/New York, 240–259.
- Poulantzas, Nicos* (2002). *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg [Original 1977].
- Scharpf, Fritz W.* (1999). *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?*, Frankfurt am Main/New York.
- Scharpf, Fritz W.* (2009). Legitimität im europäischen Mehrebenensystem, in: *Andreas Fischer-Lescano/Florian Rödel/Christoph U. Schmid* (Hg.): *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Baden-Baden, 297–329.
- Schmalz-Bruns, Rainer* (1999). Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats, in: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, Vol. 6(2), 185–244.
- Tömmel, Ingeborg* (2006). *Das politische System der EU*, 2. Auflage, München/Wien.

AUTOR

Hans-Jürgen BIELING, geb. 1967, Professor für Politikmanagement an der Hochschule Bremen, Forschungsinteressen: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration, Staats-, Politik- und Gesellschaftstheorie, aktuelle Publikationen: „Internationale Politische Ökonomie“, Wiesbaden 2007, „Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union“, Wiesbaden 2010.

Korrespondenzadresse: Hochschule Bremen, Studiengang Internationales Politikmanagement, Neustadtswall 30, D-28199 Bremen

E-Mail: Hans-Juergen.Bieling@hs-bremen.de



Sieglinde Rosenberger, Gilg Seeber

Wählen

**Theoretische Grundlagen und
interdisziplinäre Aspekte**

*UTB: facultas.wuv 2008, 112 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-8252-3015-9
EUR 10,20 [A] / EUR 9,90 [D] / sFr 18,90*

Wählen gilt als bedeutendste politische Partizipationsform. Zeitweilig zwar Erosionen unterworfen (sinkende Wahlbeteiligung, Anfechtung der Resultate, mangelnder Konsens über die ableitbare Machtverteilung) zeigt sich am Zugang zum Wählen aber nach wie vor die Qualität einer Demokratie. Der Band stellt Wählen in den demokratiepolitischen Kontext, präsentiert theoretische Diskussionen und verweist empirisch auf europäische Staaten und die EU.